

Kreisstadt Bergheim Der Bürgermeister		Vorlage Nr.: 80/2024 öffentlich			
		Mitzeichnungen			
Dezernat: II / Kä					
FBL: Herr Rössler					
AbtL: Herr Schaffrath					
Verfasser/in: Herr Schaffrath					
Vorgesehene Beratungsfolge					
Gremium					Datum
A.f. Soziales, Finanzen und Liegenschaften					16.04.2024

TOP	Mitteilung Abschließende Berichterstattung zur Umsetzung der Wohngeldreform 2023
------------	---

Erläuterungen:

1. Sachverhalt

Die Verwaltung hat zu dem Thema bereits mit Vorlagen 520/2022, 89/2023, 238/2023 und 342/2023 Zwischeninformationen gegeben. Mit dieser Vorlage sollen nun die abschließenden Informationen dem Ausschuss zur Kenntnis gebracht werden.

Fallzahlen:

Für das Jahr 2023 hatte die Wohngeldstelle insgesamt 1.476 Fälle zu bearbeiten.

Im Jahr 2022 wurden 451 Fälle bearbeitet.

Der Anstieg der Fallzahlen erfolgte um den Faktor 3,27. Die Bundesregierung hatte bundesweit einen Faktor von ca. 3,2 für den Anstieg von Wohngeldfällen infolge der Wohngeldreform kalkuliert.

Personal:

Bis 31.12.2022 waren in der Wohngeldstelle 4 Sachbearbeiterstellen vorhanden.

Zum 01.01.2023 wurden für die Wohngeldstelle 5 zusätzliche Sachbearbeiterstellen (3 mit E 9a/A9 und 2 mit E 9c/A10) eingerichtet. Die tatsächliche Besetzung dieser Stellen erfolgte zum 01.01. (2), zum 01.03. (1), zum 01.06. (1) und zum 01.07.2023 (1).

Die Steigerung beim Personal erfolgte somit um den Faktor 2,25.

Der Zuwachs der zusätzlichen Stellen entsprach der Kalkulation der Fachabteilung. Eine Stellenerhöhung entsprechend der erwarteten Fallsteigerung – dann wären 8 zusätzliche Stellen einzurichten gewesen – erschien nicht erforderlich infolge folgender Synergiemaßnahmen der Fachabteilung:

- Bündelung/Auslagerung von Rückforderungen, Widersprüchen, Bußgeldverfahren, Stundungsanträgen und Streitverfahren mit anderen Leistungsträgern aus den Wohngeldsachbearbeitungen auf die 2 Stellen mit E 9c/A10
- Verlängerung von Bewilligungszeiträumen des Wohngelds bei Rentnern von 12 auf 18 Monate

Bearbeitungsdauer:

Im Jahr 2022 betrug die regelmäßige Bearbeitungsdauer je Fall im Schnitt 4-6 Wochen. Im Laufe des Jahres 2023 stieg die Bearbeitungsdauer insbesondere infolge der erst im Sommer abgeschlossenen Besetzungen der zusätzlichen Stellen. Seitdem wurde die Bearbeitungsdauer wieder reduziert; Ende Februar dieses Jahres betrug die durchschnittliche Bearbeitungsdauer noch ca. 9 Wochen. Ende März lag die durchschnittliche Bearbeitungsdauer noch bei ca. 7,5 Wochen.